



NR. 95, MAI 2015

# Extrablatt aus dem EU-Verbindungsbüro Brüssel

## Inhalt

### ■ Salzburg | Europa

Besuch der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in Brüssel .....	2
EU-Exkursion des BORG Mittersill .....	3
EU-Mentoring in Brüssel: Wirtschaftsbund kooperiert mit EU-Verbindungsbüro .....	4
Besuch aus Brüssel in der Tourismusschule Klessheim .....	4
Forschungs-Generaldirektor Wolfgang Burtcher zu Gast im Landtag .....	5
Wieviel EU steckt in der Region Salzburg? .....	6
Österreichs Europaabgeordnete erhalten Rederecht im Bundesrat .....	6

### ■ Bezirke | Gemeinden

Konferenz zur Mehrwertsteuerbehandlung der öffentlichen Hand .....	7
--	---

### ■ Wirtschaft | Tourismus

Europäisches Semester: Kommission legt länderspezifische Empfehlungen vor .....	8
---	---

### ■ Land-/Fostwirtschaft

Europäisches Parlament und Rat nehmen Stellung zur neuen EU-Waldstrategie .....	9
Novelle der Öko-Verordnung: Rat und Europäisches Parlament beraten .....	9

### ■ Bildung | Forschung

Horizon 2020: erste Zwischenbilanz – österreichische Unternehmen profitieren .....	11
--	----

### ■ Gesundheit | Soziales

Recht auf Behandlung im EU-Ausland – EU-weiter Tag der Patientenrechte .....	12
--	----

### ■ Umwelt | Natur | Wasser

EU-weite Konferenz zu Plastikbelastung in Oberflächengewässern .....	13
EK-Konsultation: Wie sollen EU-Naturschutzvorschriften künftig aussehen? .....	13

### ■ Verkehr | Energie

Automatisches Pkw-Notrufsystem eCall startet im Frühjahr 2018 .....	14
---	----

### ■ Allgemeine Themen

Land Salzburg ist Partner bei den OPEN DAYS 2015 .....	15
VBB-Infosheets erscheinen auf den Internetseiten des Ausschusses der Regionen .....	15
Kultur als Teil der Daseinsvorsorge: Debatte zu Sicherungen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene .....	16

## Besuch der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in Brüssel

Von 10. bis 11. Mai 2015 machte eine Gruppe von 38 Pensionistinnen und Pensionisten der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Salzburg unter der Leitung von Regierungsrätin Gertraud Lürzer Halt in der EU-Hauptstadt. Das Programm wurde vom Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel in Kooperation mit dem Büro der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt (ÖVP) organisiert.

Im EU-Verbindungsbüro des Landes Salzburg informierte Michaela Petz-Michez, Leiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros, über die Tätigkeiten und Aufgaben des Verbindungsbüros zur EU in Brüssel. Dem Vortrag folgte eine angeregte Diskussion zu aktuellen europapolitischen Themen. Anschließend besuchte die Gruppe die Salzburger EU-Abgeordnete Claudia Schmidt im Europäischen Parlament.

2





## EU-Exkursion des BORG Mittersill

Von 5. bis 7. Mai 2015 haben 70 Schülerinnen und Schüler des BORG Mittersill unter der Leitung von Gudrun Mittermüller-Seeber eine EU-Exkursion nach Brüssel unternommen. Das Programm in Brüssel startete mit zwei Vorträgen in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU: Michaela Petz-Michez, Leiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU, diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern über die Aufgaben des Salzburger Verbindungsbüros zur EU in Brüssel; die Salzburgerin Tina Obermoser vom Informations- und Besuchsdienst der Ständigen Vertretung brachte

den Schülerinnen und Schülern die Aufgaben der Ständigen Vertretung Österreichs näher.

Weitere Stationen der Reise waren das Europäische Parlament und der Ausschuss der Regionen.

Das EU-Fachprogramm in Brüssel wurde vom Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU erstellt und das EU-Schulprojekt mit Landesmitteln gefördert.

*EU-Projekt des BORG Mittersill 2015:*

<http://www.borg-mittersill.salzburg.at/>



## EU-Mentoring in Brüssel: Wirtschaftsbund kooperiert mit EU-Verbindungsbüro

Von 5. bis 8. Mai 2015 kamen 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich im Rahmen eines hochkarätigen EU-Mentoring der Bundesleitung des Wirtschaftslandes unter Leitung von Stephan Kuttner und Ulrich Lanzer nach Brüssel, um sich eingehend über die politische Willensbildung auf EU-Ebene zu informieren. Im Europäischen Parlament diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt und mit den österreichischen EU-Abgeordneten Paul Rübiger, Othmar

Karas und Elisabeth Köstinger. Weitere Stationen waren die Europäische Kommission, mehrere Wirtschaftsverbände, die WKÖ und die Ständige Vertretung Österreichs. Mit Michaela Petz-Michez, Leiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros zur EU in Brüssel, gab es eine spannende Diskussion über die diversen Kanäle zum Informationsaustausch zwischen den österreichischen Bundesländern und den EU-Institutionen in Brüssel.

4

## Besuch aus Brüssel in der Tourismusschule Klessheim

Am 15. April 2015 hatte die Tourismusschule Klessheim die Leiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros in Brüssel, Michaela Petz-Michez, zu sich eingeladen, um den Schülerinnen und Schülern der vierten Klassen konkrete Einblicke in die Funktionsweise der Europäischen Union zu geben.

Die Schülerinnen und Schüler zeigten lebhaftes Interesse an zahlreichen EU-Themen, die aktuell in Brüssel verhandelt werden, darunter die Diskussionen über

- die LKW-Maut,

- genfreies Saatgut oder auch die
- Griechenlandkrise.

Auch die Vorreiterrolle Salzburgs in Sachen EU-Politik wurde diskutiert: Als erstes österreichisches Bundesland errichtete Salzburg bereits im Jahr 1992, d.h. 3 Jahre vor dem Beitritt Österreichs, ein eigenes Verbindungsbüro zur EU in Brüssel.

Weiterführende Informationen:

<http://www.ts-salzburg.at/standorte/klessheim/news/besuch-aus-bruessel-2015/>





## Forschungs-Generaldirektor Wolfgang Burtscher zu Gast im Landtag

Am 21. Mai 2015 kam der stv. Generaldirektor der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission, Wolfgang Burtscher, auf Einladung von Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf als Gastsprecher in den Landtag.

Mit Blick auf das Horizon 2020-Ziel, Forschung und Wirtschaft zusammenzuführen und den Wissenstransfer aus den Forschungseinrichtungen in das produzierende Gewerbe zu fördern, hatte Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf zudem die EU-Sprecher aller im Salzburger Landtag vertretenen Parteien, Vertreter aus Wissenschaft und Industrie und Unternehmerinnen und Unternehmer eingeladen.

In seinem Überblick über die Chancen des neuen EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ für Salzburg betonte der Leiter der Generaldirektion Forschung und Innovation in der Europäischen Kommission, Wolfgang

Burtscher, dass das neue EU-Programm gegenüber dem vorherigen Förderzeitraum (2007-2013) mit signifikant mehr EU-Geldern für Forschung und Innovation um rund 30% auf knapp 80 Mrd EUR aufgestockt wurde.

Bisher seien insgesamt 49 Projektanträge aus Salzburg eingegangen, von denen 46 Projektvorschläge von der EU als förderfähig anerkannt worden seien. Im Zuge der hochkompetitiven Projektauswahl haben davon bisher zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer für neun Projekte EU-Forschungsmittel in Höhe von 5,7 Mio EUR aus dem Programm Horizon erfolgreich nach Salzburg einwerben können.

*Weiterführende Informationen:*

[https://service.salzburg.gv.at/ikorrj/Index?cmd=detail\\_ind&nachrid=54705](https://service.salzburg.gv.at/ikorrj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=54705)

5



## Wieviel EU steckt in der Region Salzburg?

Am 21. Mai 2015 hatten die Pinzgauer Raiffaisenbanken in das Nationalparkzentrum Hohe Tauern unter dem Motto „Europa und seine Regionen: Wieviel Europa steckt in der Region Salzburg“ eingeladen.

Rund 150 Pinzgauer Bürgerinnen und Bürger, Bürgermeister und Bankdirektorinnen und -direktoren diskutierten angeregt mit dem österreichischen EU-Abgeordneten Othmar Karas und der EU-Expertin Michaela Petz-Michez, Leiterin a.i. des Landes-Europabüros und Leiterin des Verbindungsbüros zur EU in Brüssel.



Dabei wurde unter anderem deutlich, dass in der Leader-Region Nationalpark Hohe Tauern von 2007 bis 2013 27 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 5 Mio EUR (gesamt EU-Mittel: 1,94 Mio EUR) gefördert wurden, darunter Museen, Tourismusangebote oder auch Kulturveranstaltungen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.nationalparkzentrum.at/Home.1.0.html>

Hohe Tauern Leader-Rückblick  
2007-2013:

[http://nationalparkregion.at/uploads/media/Leader\\_Rueckblick\\_-\\_2007-2013\\_Monitor.pdf](http://nationalparkregion.at/uploads/media/Leader_Rueckblick_-_2007-2013_Monitor.pdf)



## Österreichs Europaabgeordnete erhalten Rederecht im Bundesrat

Das Plenum der Länderkammer hat am 7. Mai 2015 einem Antrag auf Einräumung eines Rederechts von Europaabgeordneten im Bundesrat zugestimmt. Die Bestimmung sieht konkret vor, dass die Präsidentin bzw. der Präsident den EU-Abgeordneten das Rederecht nach Beratungen in der Präsidialkonferenz einräumen kann. Das gilt für alle Verhandlungen des Bundesrats im Plenum und in den Ausschüssen, die der Erörterung von EU-Themen dienen.

Ziel der Initiative ist es, die Rolle des Bundesrats als Brücke zum EU-Parlament und als Europakammer der Bundesländer auszubauen und die Vertretung der Interessen Österreichs in Europa so nachhaltig zu stärken.

Weiterführende Informationen:

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2015/PK0493/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0493/index.shtml)

# Konferenz zur Mehrwertsteuerbehandlung der öffentlichen Hand

Am 5. Mai 2015 fand in Brüssel eine Konferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zum Thema der mehrwertsteuerlichen Behandlung der öffentlichen Hand statt. Hauptfrage der Konferenz war es, ob und wann ein möglicher Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission zur Umsatzbesteuerung der Gebietskörperschaften zu erwarten ist.

Auf europäischer Ebene gilt derzeit die Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem. Diese birgt insbesondere im Art. 13 und Art. 132 eine Steuerbefreiung der öffentlichen Hand und für bestimmte, dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten.

Der Vertreter der Generaldirektion Steuern und Zollunion in der Europäischen Kommission informierte die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass eine Änderung in der Kommission aktuell abgewogen werde; eine entsprechende EU-weite Konsultation zur Überprüfung bestehender Mehrwertsteuer-Rechtsvorschriften für öffentliche Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten hatte die Kommission bereits 2013/2014 durchgeführt.

Grundsätzlich könnte sich die Kommission sechs mögliche Lösungen vorstellen:

1. Die Kommission wird nicht aktiv;
2. Vollbesteuerung der öffentlichen Hand und dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten;
3. voller Vorsteuerausgleich auf europäischer Ebene;
4. Streichung von Begünstigungen öffentlicher Einrichtungen und Änderung der derzeitigen Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten;
5. sektorenspezifische Reform in einem Bereich, in dem der private und der öffentliche Sektor im Wettbewerb stehen;
6. vereinzelte Änderungen der Vorschriften.

7

In einer angeregten Diskussion debattierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem mit Walter Leiss, Generalsekretär des österreichischen Gemeindebundes, über die Vor- und Nachteile einer neuen Richtlinie.

Ergebnis der Konferenz war, dass die Kommission für einen Richtlinienvorschlag noch weitere Daten benötigt. Ein konkreter Vorschlag, der laut Kommission in Richtung einer sektorspezifischen Reform gehen könnte, wird frühestens Ende 2016 erwartet.

*Direktlink zur geltenden Richtlinie (2006/112/EG):*

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:347:0001:0118:de:PDF>



## Europäisches Semester: Kommission legt länderspezifische Empfehlungen vor

Am 13. Mai 2015 hat die Europäische Kommission ihre länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters zur Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgestellt.

Diese eingehende Analyse der haushaltspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Reformpläne (Nationale Reformpläne) aller 28 EU-Mitgliedstaaten nimmt die Europäische Kommission jährlich im Auftrag des Rates der Europäischen Union im Rahmen des so genannten „Europäischen Semesters“ vor. Die Analyse mündet dann in die so genannten „länderspezifischen Empfehlungen“ der Kommission für die nächsten 12 bis 18 Monate.

Die länderspezifischen Empfehlungen für Österreich 2015 kurz gefasst:

- Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit des Pensionssystems;
- Gewährleistung der Haushaltsneutralität der Steuerreform;
- Steigerung der Erwerbsbeteiligungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und -nehmer sowie von Frauen;

- Verbesserung der Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen;
- Beseitigung unverhältnismäßiger Schranken für Dienstleistungsanbieterinnen und -anbieter sowie von Hindernissen für die Unternehmensgründung und
- Minderung der Anfälligkeit des Finanzsektors.

Als nächstes berät der Rat, das EU-Gremium der Regierungen der 28 EU-Mitgliedstaaten, im Juni 2015 über die Empfehlungen der Kommission. Mit einer abschließenden Empfehlung des Rates darf im Juli 2015 gerechnet werden.

Die von Kommission und Rat gemeinsam beschlossenen Empfehlungen beziehen die Mitgliedstaaten dann in ihre nationalen Haushaltsplanungen 2015-2016 ein.

*Weiterführende Informationen:*

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-4975\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4975_de.htm)

*Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten:*

[http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/making-it-happen/key-areas/index_en.htm)



## Europäisches Parlament und Rat nehmen Stellung zur neuen EU-Waldstrategie

Am 19. Mai 2015 haben die im EU-Ministerrat versammelten Landwirtschaftsministerinnen und -minister der 28 EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Erklärung zur neuen EU-Waldstrategie verabschiedet. Die neue EU-Waldstrategie soll einheitliche Lösungsansätze für grenzüberschreitende Herausforderungen wie Waldfeuer, Klimawandel, Naturkatastrophen und invasive Arten (Flora & Fauna) bieten. In seinen Schlussfolgerungen spricht sich das EU-Gremium der Landwirtschaftsministerien der 28 EU-Mitgliedstaaten für ein nachhaltiges Management der Wälder als multifunktionalen Lebensraum aus. Betont werden weiters die Wichtigkeit des Brand- und Gefahrenschutzes sowie die Bedeutung einer verbesserten Koordinierung der verschiedenen Vorgehensweisen.

Zuvor hatte das Plenum der 751 EU-Abgeordneten des EU-Parlaments am 28. April 2015 über die EU-Waldstrategie abgestimmt. Die gemeinsame Entschließung der EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier wurde mit 566 Stimmen angenommen, es gab 66 Gegenstimmen und 45 Enthaltungen.

Das Parlament unterstützt den Plan der EU-Kommission, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, ihren Regi-

onen und Gemeinden und mit den Waldbesitzerinnen und -besitzern einen ehrgeizigen Kriterienkatalog zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder zu entwickeln.

Zugleich sprachen sich die EU-Abgeordneten dafür aus, den Mitgliedstaaten die Umsetzung konkreter Maßnahmen zu überlassen, die auf EU-Ebene durch eine gemeinsam abgestimmte Politik zur Forstwirtschaft ergänzt werden sollten.

*Schlussfolgerungen des Rates (derzeit nur auf Englisch verfügbar):*

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/142685.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/142685.pdf)

*EP-Presseaussendung*

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150424IPR45802/html/New-EU-forest-strategy-better-management-can-boost-rural-jobs-say-MEPs>

*Direktlink zur EU-Waldstrategie:*

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2013/DE/1-2013-659-DE-F2-1.Pdf>

9

## Novelle der Öko-Verordnung: Rat und Europäisches Parlament beraten

Am 11. Mai 2015 haben sich die im Agrarrat versammelten Landwirtschaftsministerinnen und -minister der 28 EU-Mitgliedstaaten zum Vorschlag der Europäischen Kommission (EK) zu einer Novelle der derzeit geltenden EU-Verordnung für den biologischen Landbau (Öko-Verordnung) geäußert. Fortschritte wurden insbesondere in der sensiblen Frage der Kontrollen für den ökologischen Landbau erreicht; offen ist u.a. die Frage, ob die Kontrollen in regelmäßigen Abständen (z.B. jährlich) durchgeführt werden sollten, oder aber ob nach Risikogruppen vorgegangen werden sollte.

Hinsichtlich ungenehmigter Substanzen in Lebensmitteln aus biologischem Landbau konnte im Rat eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Mitgliedstaaten erzielt werden, wobei noch offen ist, wie ein EU-weiter Handlungsansatz in diesem Bereich aussehen könnte: Denkbar wären die Neueinführung von Grenzwerten, wie von der Kommission vorgeschlagen, oder aber die Fortführung des derzeit geltenden Kontrollmechanismus für die Produktionsverfahren.

In seinen Schlussfolgerungen vom 11. Mai 2015 kündigt der Rat der EU-Landwirtschaftsministerinnen und -minister für Juni 2015 einen gemeinsamen Standpunkt zum Kommissionsvorschlag für eine Novelle der Öko-Verordnung an.

Bereits im März 2015 hatte sich der Landwirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament (EP) mit dem Vorschlag der Kommission befasst und sich eher kritisch geäußert. So gehe der Vorschlag über eine bloße Reform der geltenden Öko-Verordnung hinaus. Weiters kritisierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Vorschlag der EK dahingehend, dass ca. 30 so genannte Delegierte Rechtsakte inkludiert seien, mit denen der Kommission das Mandat erteilt werden würde, wesentliche Inhalte des EU-Gesetzes erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in EP und Rat festzulegen. Schließlich wurde in der Ausschussdebatte am 24. März 2015 die Einrichtung einer EU-Agentur für den Öko-Landbau zur Betrugsbekämpfung und -prävention vorgeschlagen.

Die Kommission schlägt insbesondere vor,

- die Vorschriften sowohl in der Europäischen Union als auch für Einfuhrerzeugnisse zu verschärfen und zu harmonisieren, indem viele der derzeitigen Ausnahmen in Sachen Produktion und Kontrollen abgeschafft werden;
- die Kontrollen zu verstärken (risikobasiert);
- den Zugang zur ökologischen Produktion für Kleinlandwirtinnen und -landwirte durch die Möglichkeit einer Gruppenzertifizierung zu vereinfachen;
- der internationalen Dimension des Handels mit ökologischen Erzeugnissen durch neue Vorschriften für den Export besser gerecht zu werden und schließlich
- die Rechtsvorschriften zu vereinfachen, um die Verwaltungskosten zu senken und die Transparenz zu verbessern.

Zur Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe, von Erzeugerbetrieben und des Handels bei der Umstellung auf die neuen Rechtsvorschriften und auf künftige Herausforderungen hat die Kommission einen Aktionsplan vorgelegt, der

- eine bessere Information der Landwirtinnen und Landwirte über die ländliche Entwicklung und die EU-Politik zur Förderung der ökologischen Produktion,
- eine stärkere Verbindung zwischen Forschungs- und Innovationsprojekten der EU und der ökologischen Erzeugung sowie

- die Förderung des Verbrauchs ökologischer Lebensmittel, z.B. in Schulen, vorsieht.

Der Gesetzesvorschlag befindet sich derzeit in der 1. Lesung. Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Rat und Parlament wird für Ende Juni 2015 erwartet.

*Schlussfolgerungen des Rates der Landwirtschaftsministerinnen und -minister:*

[http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2015/05/Outcome-of-the-AGRI-Council-meeting\\_EN\\_pdf/](http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2015/05/Outcome-of-the-AGRI-Council-meeting_EN_pdf/)

*Stand des Gesetzgebungsverfahrens im Europäischen Parlament:*

[http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2014/0100\(COD\)&l=en](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2014/0100(COD)&l=en)

*Direktlink zur Debatte des Agrarausschusses am 24. März 2015:*

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20150324-0900-COMMITTEE-AGRI>

*Weiterführende Informationen der Kommission:*

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/eu-policy/policy-development/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/eu-policy/policy-development/index_de.htm)

## Horizon 2020: erste Zwischenbilanz – österreichische Unternehmen profitieren

Zu dem von der Europäischen Union Ende 2013 beschlossenen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, Horizon 2020, hat die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Rahmen des „Performance Monitoring“ eine erste Zwischenbilanz veröffentlicht. Diese erfasst und analysiert die bisherige Beteiligung von heimischen Partnerinnen und Partnern am europäischen Förderprogramm.

Die ermittelten Daten zeigen, dass für österreichische Partnerinnen und Partner bis März 2015 insgesamt 191 Mio EUR vertraglich fixiert wurden. Mit einer Rückflussquote von 125% an österreichische Organisationen wird die Beteiligung am Rahmenprogramm von der FFG als Erfolg gewertet.

Auch der Leistungsanzeiger der Innovationsunion (Innovation Union Scoreboard) für 2015 unterstreicht die gute Position Österreichs im Bezug auf Forschung und Innovation beim Leistungsvergleich mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

*Weiterführende Informationen:*

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-4927\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4927_de.htm)

*Zwischenbilanz der FFG:*

[https://www.ffg.at/sites/default/files/allgemeine\\_downloads/Monitoring/H2020/ffg\\_h2020\\_bericht\\_2015.pdf](https://www.ffg.at/sites/default/files/allgemeine_downloads/Monitoring/H2020/ffg_h2020_bericht_2015.pdf)

*Extrablatt Nr. 85 (April 2014):*

*„Horizon 2020: spezielle KMU-Förderung gestartet“*



## Recht auf Behandlung im EU-Ausland – EU-weiter Tag der Patientenrechte

Anlässlich des EU-weiten Tages der Patientenrechte am 12. Mai 2015 informiert die Europäische Kommission in einem Fact-Sheet über die Rechte von Patientinnen und Patienten bei einer medizinischen Versorgung im EU-Ausland. Die wichtigsten Rechte kurzgefasst:

- das Recht auf Behandlung vor Ort im Rahmen eines Kurzaufenthaltes in einem anderen EU-Land
- das Recht auf Kostenrückerstattung für medizinische Behandlung
- das Recht auf Information über Sicherheits- und Qualitätsstandards
- das Recht auf Behandlung durch qualifiziertes, medizinisches Personal
- das Recht auf eine Kopie der eigenen Patientenakte
- das Recht auf Anerkennung von Rezepten in allen EU-Ländern
- das Recht auf eine Behandlung mit sicheren Arzneimitteln, deren Wirksamkeit nachgewiesen wurde

- das Recht auf die Meldung vermutlicher Nebenwirkungen von Arzneien
- das Recht auf Behandlung mit sicheren medizinischen Geräten
- das Recht auf den üblichen hohen Qualitätsstandard bei der Anwendung von Blutkonserven bzw. bei Transplantationen (Gewebe, Organe).

*Weiterführende Informationen (nur auf Englisch verfügbar):*

[http://ec.europa.eu/health/patient\\_safety/docs/2015\\_eu\\_patients\\_factsheet\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/patient_safety/docs/2015_eu_patients_factsheet_en.pdf)

*vgl. auch Extrablatt Nr. 81 (November 2013)*

*„Europaweite medizinische Behandlung wesentlich erleichtert: neue PatientInnenrechte jetzt in Kraft“*

## EU-weite Konferenz zu Plastikbelastung in Oberflächengewässern

Am 11. und 12. Mai 2015 hatte das österreichische Umweltministerium nach Brüssel zu einer Konferenz über die „Beseitigung von Plastik- und Mikroplastikverschmutzung – ein dringendes Erfordernis“ eingeladen. Key-Speaker waren Umweltminister Andrä Rupprechter und EU-Kommissar Karmenu Vella (Umwelt, Meerespolitik und Fischerei) sowie die EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger und die Leiterin der Abteilung "EU-Koordination Umwelt" im Umweltministerium Elisabeth Freytag-Rigler. Die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten diskutierten darüber, wie EU-weite Maßnahmen gegen die Verschmutzung unserer Gewässer mit Mikroplastikrückständen weiter forciert werden können.

Ein Beispiel für den grenzübergreifenden Handlungsbedarf zeigte sich an den Ergebnissen einer Studie des Umweltbundesamts: Jährlich werden ca. 40 Tonnen Plastik über die Donau aus Österreich abtransportiert; Problemquellen sind bspw. Plastiktragetaschen, Autoreifen und Kosmetikprodukte (Mikroplastik). Im Zuge der Konferenz wurden auch die Vertreterinnen und Vertreter der Plastik- und Kosmetikbranchen gehört, die ihre freiwilligen Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bekämpfung einer Umweltbelastung durch Plastikprodukte vorstellten.

Insbesondere bei Mikroplastik, das in Partikelform in unsere Oberflächengewässer gelangen kann, geht die Forschung davon aus, dass sich diese Umweltbelastung bis in unsere

Nahrungskette erstrecken könnte, z.B. durch den Verzehr von mit Mikroplastikpartikeln belastetem Fisch. Umweltminister Andrä Rupprechter und EU-Kommissar Karmenu Vella betonten daher einhellig dringenden Forschungs- und Handlungsbedarf.

Österreich ist mit seinem 10 Punkte-Maßnahmenprogramm gegen Plastik in Gewässern EU-weiter Vorreiter. Weiters hat Österreich gemeinsam mit Belgien, den Niederlanden und Schweden im Dezember 2014 eine gemeinsame Erklärung zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten an die übrigen 24 nationalen Delegationen im Rat der Europäischen Union übermittelt.

*Gemeinsame Erklärung Österreichs, Belgiens, der Niederlande und Schwedens für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten:*

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2016263%202014%20INIT>

Das Protokoll zur Konferenz können Sie per E-Mail an [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at) kostenlos anfordern. Bitte im Betreff erwähnen: „Konferenz – Plastikbelastung in Oberflächengewässern“.

s.a. Extrablatt Nr. 94 (April 2015)

*Europäisches Parlament billigt Einigung zur Reduktion leichter Plastiktragetaschen*

## EK-Konsultation: Wie sollen EU-Naturschutzvorschriften künftig aussehen?

Mit 30. April 2015 hat die Europäische Kommission eine Online-Konsultation zur Gestaltung der künftigen EU-Umweltgesetzgebung gestartet. Darin geht es um die so genannte Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie um die Vogelschutzrichtlinie der EU. Beide EU-Richtlinien dienen dem Schutz wildlebender Arten und ihrer Lebensräume in Europa. Als Teil des so genannten „Fitness-Check“ für die Naturschutzvorschriften der EU möchte die Kommission die Meinungen einschlägiger Behörden und Organisationen sowie aller interessierten Bürgerinnen und Bürger zu Erfahrungen mit der bisherigen praktischen Umsetzung der beiden Richtlinien für die Erreichung der EU-Umweltschutzziele einholen.

Die Teilnahme an der Umfrage ist bis zum 24. Juli 2015 möglich.

*Direktlink zur Konsultation:*

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/941cb9fc-5bbf-4c9e-aefd-6b18fc083b9a?draftid=e290c47b-5dec-4b9a-bd95-c0d152b76b8d&surveylanguage=DE&serverEnv=>

*Inhalt der Konsultation und Rechtsgrundlagen:*

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/nature\\_fitness/intro\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/consultations/pdf/nature_fitness/intro_de.pdf)

*Weiterführende Informationen:*

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/nature\\_fitness\\_check\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/nature_fitness_check_en.htm)

## Automatisches Pkw-Notrufsystem eCall startet im Frühjahr 2018

Notrufgeräte, die Rettungsdienste bei Autounfällen automatisch benachrichtigen, müssen bis zum 31. März 2018 in allen neuen Modellen von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen installiert sein, so ein Gesetzesentwurf, den das Europäische Parlament am 28. April 2015 angenommen hat. Mit dem eCall-Notrufsystem könnte die Zahl der Unfalltoten um 10% pro Jahr verringert werden – 2014 gab es EU-weit 25 700 tödliche Verkehrsunfälle.

Das bordeigene eCall-Notrufsystem nutzt die einheitliche europäische Notrufnummer 112, um die Rettungsdienste automatisch zu schweren Verkehrsunfällen zu lotsen.

Die EU-Abgeordneten haben zugleich die Datenschutzklausel im Gesetzesentwurf verschärft, um zu gewährleisten, dass Fahrzeuge, die mit der eCall-Technologie ausgestattet

sind, nicht auch dann ständig geortet werden können, wenn kein Unfall geschieht.

Die eCall-Verordnung wurde mit 19. Mai 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

*Direktlink zur eCall-Verordnung:*

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L\\_OL\\_2015\\_123\\_R\\_0008&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_OL_2015_123_R_0008&from=DE)

*Presseaussendung des Europäischen Parlaments vom 28.04.2015*

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150424IPR45714/html/eCall-Automatisches-Notrufsystem-in-allen-neuen-Automodellen-ab-Fr%C3%BChling-2018>



## Land Salzburg ist Partner bei den OPEN DAYS 2015

Im Oktober 2015 wird das Land Salzburg als Partner an der Woche der EU-Regionen mitwirken: Bei den so genannten OPEN DAYS kommen Vertreterinnen und Vertreter aus den Regionen und Städten der EU seit 2003 regelmäßig für vier Tage Anfang Oktober in Brüssel zusammen, um sich mit zahlreichen Expertinnen und Experten über bewährte Verfahren und neueste Informationen in der Regional- und Stadtentwicklung auszutauschen.

Die EU-weit etablierte Plattform ermöglicht die direkte politische Kommunikation in Bezug auf die Entwicklung der Kohäsionspolitik der EU. Entscheidungsträgerinnen und -träger

unterschiedlicher Ebenen und Bereiche werden so für die Notwendigkeit eines Mitspracherechts der Regionen und Städte bei der Politikgestaltung auf EU-Ebene sensibilisiert.

Die OPEN DAYS, die vom Ausschuss der Regionen gemeinsam mit der Europäischen Kommission ausgerichtet werden, sind die größte europäische Veranstaltung dieser Art.

*Weiterführende Informationen:*

<http://www.cor.europa.eu/de/events/opendays/Pages/opendays.aspx>

15

## VBB-Infosheets erscheinen auf den Internetseiten des Ausschusses der Regionen

Die gute Kooperation des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU in Brüssel mit den Institutionen der Europäischen Union zeigt sich u.a. auch in der Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses der Regionen (AdR), der in seinem Newsletter für Österreich wiederholt Infosheet- und Extrablatt-Meldungen des EU-Verbindungsbüros des Landes Salzburg (VBB) zitiert.

Das Extrablatt aus Brüssel informiert seit Oktober 2004 über die politischen Vorgänge in der „EU-Hauptstadt“ Brüssel,

die anlassbezogenen Infosheets veröffentlicht das Verbindungsbüro seit März 2011.

*AdR-Link zu Infosheet Nr. 133*

*„Was heißt es, heute in der EU jung zu sein“*

*AdR-Newsletter:*

<http://cor.europa.eu/de/news/Pages/enewsletter.aspx>

## Kultur als Teil der Daseinsvorsorge: Debatte zu Sicherungen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene

Am 11. Juni 2015 veranstaltet das Netzwerk Gemeinwohl in Wien eine Diskussionsveranstaltung zum Thema 'Kultur als Teil der Daseinsvorsorge' mit deutschen und österreichischen Gesprächspartnerinnen und -partnern.

Kulturelle Angebote sind elementarer Teil der Daseinsvorsorge in Deutschland, in Österreich und europaweit. Diese Kulturangebote ermöglichen einer breiten Öffentlichkeit den Zugang zum kulturellen Leben unserer Gesellschaft. Veranstalter sind Musikschulen, Volkshochschulen, Theater, Opernhäuser und Konzertsäle, Träger in der Jugend-, Familien- und Altenarbeit bis hin zu den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Fernsehen, Radio und Internet).

Im Rahmen der Veranstaltung soll offen darüber debattiert werden, welche politischen, rechtlichen und sonstigen Sicherungen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene erforderlich sind, um eine kulturelle Daseinsvorsorge in Bestand und Entwicklung zu gewährleisten.

*Weiterführende Informationen:*

<http://www.creativeeurope.at/eu-kulturpolitik/veranstaltungen/leser/id-65-oesterreichischer-straedtetag-94.html>

*Kontakt für Rückfragen und Anmeldungen:*

[margalit.berger@wdr.de](mailto:margalit.berger@wdr.de) und [post@staedtebund.gv.at](mailto:post@staedtebund.gv.at)

16

### Impressum:

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,  
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: [bruessel@salzburg.gv.at](mailto:bruessel@salzburg.gv.at)  
[www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm)

Redaktionelle Leitung: Michaela Petz-Michez

Redaktion: Maren Kuschnerus und Maximilian Flesch

Layout: Land Salzburg, Grafik, 5020 Salzburg

Redaktionsschluss: 21. Mai 2015

Offenlegung gem. Mediengesetz § 25

Medieninhaber: Land Salzburg (100%)

Blattlinie: Informationen aus den Institutionen der EU,  
insbesondere mit Salzburg-Bezug.